

# Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt  
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Nr. 48

Dienstag, den 25. Februar 1919

36. Jahrgang.

Sam 25. Februar.

**S.P.S.** Unsere Schulkinder werden heute nicht sehr republikanisch gemüht sein. Wie viel schöner hatten es doch die Älteren Geschwister, ja zum Teil noch die Eltern, sie durften am 25. Februar nicht in die Schule gehen. Dazu wäre es dieses Jahr doppelt herrlich gewesen, ist doch der 24. auch ein Feiertag, so daß man von Samstag Mittag bis Mittwoch schulfrei gehabt hätte. Diesem Tag hätte man gern dafür in Kauf genommen. Dieses Jahr ist es nun aus, wir feiern nicht mehr Königs Geburtstag. Außer unseren Kindern werden aber auch die Erwachsenen am heutigen Tag ihre Gedanken nach Bedenhausen lenken, zu dem Mann, der heute das schwerste seiner Jahre vollendet. Das Unglück, das über das deutsche und damit auch über das schwäbische Volk hereingebrochen, wird heute Wilhelm II. aufs neue schmerzhaft bewegen, vielleicht mehr als sein persönliches Geschick. Er war kein Fürst, der um seiner selbst willen Herrscher gewesen, nein, das Wohl und Wehe seines geliebten Schwabenvolks war ihm Leitstern seit seiner Regierung. Wie kaum ein anderer Fürst, war er von Jugend auf mit seinem Volk verwachsen, das es sich deshalb heute auch nicht nehmen läßt, seiner, wenn auch in aller Stille, zu gedenken.

Dieses enge Band, das Fürst und Volk umschloß, machte es auch vielen Schwaben schwer, die politische Notwendigkeit der Staatsumwälzung in unserem engeren Vaterlande richtig zu erkennen. Der Gedanke an die Person des Königs wog vor. Und doch hat er selbst in der richtigen Erkenntnis der politischen Lage in jenen Novembertagen erklärt, seine Person dürfe kein Hindernis sein für das Wohl seines Volkes. Die Frage, ob Königtum oder Republik, die heute im Ernst nicht mehr zur Diskussion steht, war für viele Schwaben weniger eine Frage des Systems, als vielmehr der Person.

## Die neuen Unruhen.

Was man aus München oder über München hört, ist bislang noch recht unbestimmt, da es an zuverlässigen Nachrichten noch durchaus fehlt. Es scheint, daß tatsächlich eine Mäterepublik in München ausgerufen worden ist, aber worin sie besteht und auf wem sie sich stützt, ist nicht klar zu erkennen. Einerseits heißt es, die radikalsten Elemente, die Spartakisten und Bolschewisten, von welsch letzteren München zurzeit eine erhebliche Anzahl zu bergen scheint, seien im Zentralrat überwiegend und maßgebend, auf der anderen Seite soll die bewaffnete Arbeiterschaft sich nach sorgfältiger Auswahl hauptsächlich auf Gewerkschaftler beschränken. Eine dritte Lesart will von einem Kampf der Mehrheitssozialisten gegen die Spartakisten wissen. Kurz, man erfährt so gut wie nichts Zuverlässiges. Wahrscheinlich ist die Lage in München selbst noch gänzlich ungeläutert, trotz der „amtlichen“ Nachricht, daß in der Stadt „vollkommene Ruhe“ herrsche. So viel scheint festzustellen, daß die Patzche auf die drei Städte München, Nürnberg und Augsburg beschränkt sind und daß das ganze übrige Bayern sich ablehnend verhält.

Der Zustand des Ministers des Innern Auer ist trotz der Operation sehr bedenklich. Die beiden Augen haben das Übermaß, den unteren Lungenflügel und eine große Ader der linken Seite zerrissen. Die Ärzte hoffen dennoch, daß die starke Natur Auers ihn durchbringen werde. Es fällt auf, daß über die Person des Mörders nichts bekannt wird. Ministerialdirektor Gareis, der dem Angreifer in den Arm fallen wollte, und dabei von diesem geschossen wurde, ist seiner schweren Verletzung erlegen. Graf Arco lebt noch und es soll Aussicht sein, ihn am Leben zu erhalten. Er hat drei Schußverletzungen, die ihm von der Wache, nach anderer Meldung von einem vorübergehenden Matrosen beigebracht worden sein sollen.

München, 24. Febr. Von der bisherigen Regierung sind nur noch Verkehrsminister v. Frauendorfer und die beiden unabhängigen Minister Jaffe und Unterleitner anwesend. Ueber den Aufenthalt der mehrheitssozialistischen Minister Timm, Hoffmann und Hoffmann ist seit gestern abend nichts mehr zu erfahren. Unter dem Einfluß des russischen Bolschewisten Dr. Lebedev gerät der aus 11 Mitgliedern bestehende Aktionsausschuß in immer radikaleres Fahrwasser. Dessen dringt darauf, daß diese Regierung nach russischem Muster gebildet und dem Aktionsausschuß die oberste Gewalt übertragen werde.

München, 24. Febr. Der Zentralrat fährt vorläufig die Geschäfte. Am Dienstag tritt der Rätekonferenz zusammen, der nach den schon feststehenden Vorschlägen des Zentralrats das neue rein sozialistische Ministerium einzusetzen hat. Vom Montag ab wird die Arbeit wieder aufgenommen. Nur am Mittwoch vormittag um 10 Uhr, wo die Besetzung Eisners stattfindet, wird die Arbeit ruhen.

Die Bewaffnung der Arbeiterschaft hat bereits begonnen. Die Verhaftungen werden in großem Umfang fortgesetzt, man glaubt offenbar an eine reaktionäre Verschwörung großen Stils mit ihrem Ursprung vor allem in adligen Kreisen. Daher soll die Zahl der verhafteten Aristokraten sehr erheblich sein. Heute wurde u. a. ein Graf Luxburg unter dem Verdacht festgenommen, mit Eisners Mörder, dem jungen Grafen Arco Balley, in Verbindung gestanden zu haben. Bei dem Attentate Grafen Arco wurden Aufzeichnungen gefunden, in denen es heißt: „Wir brauchen keinen Despotismus von Kurt L. Hoch Wittelsbach, hoch Hupprecht!“

Weimar, 24. Febr. Nach hier eingegangenen Meldungen über die Ereignisse in Bayern hat der Münchener Kommunistentisch nur in Nürnberg und Augsburg Nachahmung gefunden. Fast das ganze ländliche Bayern ist gegen die neue Regierung, die nur über wenig Truppen verfügt, die bayerischen Abgeordneten sind größtenteils aus Weimar abgereist.

Der „Völkische Anzeiger“ berichtet aus München: Die Plünderer in Schwabing sind auch über das Palais des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern hergefallen, der dort mit seiner Gemahlin Gisela, einer Tochter des verstorbenen Kaisers Franz Josef, und seinen beiden Söhnen, den Brüdern Georg und Konrad, wohnte. Als die republikanische Schutztruppe herbeikam, flohen die Plünderer. 80 von ihnen wurden festgenommen.

Karlsruhe, 24. Febr. Vor dem Ministerium des Innern kam es gestern nachmittag zu erregten Kundgebungen von Leuten, die die Aufhebung des Belagerungszustands in Baden forderten. Die Regierung beschloß, den Belagerungszustand im Land mit Ausnahme Mannheim wieder aufzuheben und den Eisenbahnverkehr wiederherzustellen. Sechs verhaftete Unabhängige in Karlsruhe wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie durch Handschlag versichert hatten, keine Gewalttat gegen die Regierung zu unternehmen. Die hiesigen Truppen sind verstärkt worden. In Mannheim kämpfen Mehrheitssozialisten und Unabhängige um die Herrschaft. Letztere besitzen reichlich Waffen und Munition.

## Die Reihen- oder Drillsaat?

Von Prof. Dr. Wacker-Hohenheim.

Die Sämaschine gehört neben der Drehschneidemaschine mit zu den vollkommensten Erzeugnissen, welche die Technik der Landwirtschaft zur Verfügung stellt. Und doch wird nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil der Landwirte von der Sämaschine Gebrauch gemacht. Es ist zu wünschen, daß unter gewissen Verhältnissen, wie in einem stark hügeligen Gelände, an Steilhängen, auf einem schlecht zubereiteten Acker oder auf einem Boden mit viel Wurzelunkräutern der Maschinensaatschwierigkeiten entgegenstehen; auch ist bei manchen Gewächsen, wie namentlich gewissen Futterpflanzen, die Ausführung erschwert. Ich will auch nicht in Abrede stellen, daß die breitwürfige Handsaat, die von ihren Anhängern in der Regel mit ganz besonderer Sorgfalt und Pünktlichkeit vorgenommen wird, den Vorzug der Einfachheit und verhältnismäßig raschen Ausführbarkeit hat. Aber in weitaus den meisten Fällen sollte unbedingt von der Drillsaat Gebrauch gemacht werden, und jeder erfahrene, richtig wirtschaftende und rechnende Landwirt wird mir recht geben, wenn ich sage, daß bei den meisten landwirtschaftlichen Nutzwächsen ein wahrhaft sorgfältiger, pünktlicher und einträglicher Ackerbau nur bei der Reihensaatsaat mit der Maschine möglich ist.

1. Die Drillmaschine ermöglicht eine gleichmäßig tiefe und sofortige Unterbringung sowie eine zweckmäßige Verteilung des Saatguts in gleichweit voneinander entfernten Reihen, wodurch der Nährstoff- und Wasserentzug, wie auch die Belichtung und als Folge hiervon die Gesamtentwicklung des Pflanzenbestands gleichmäßiger wird.

2. Dies alles bedingt, daß ein wesentlich größerer Teil der gesäten Samen zur richtigen Entwicklung gelangt, als bei breitwürfiger Saat, bei der der Same teilweise zu tief in den Boden kommt und teilweise oben auf liegen bleibt, und bei der die Pflanzen abwechselnd zu dicht und zu dünn stehen. Die Drillsaat ermöglicht daher eine Saatgutersparnis, die man ruhig mit  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  der Breitsaatmenge berechnen darf.

3. Bei der in Reihen stehenden Saat ist ein besserer Viecheinfall möglich; die Luft kann durch die Drillgassen leichter hindurchziehen; das bewirkt einen gedrungeneren Wuchs und begünstigt die Verholzung; die Pflanzen werden standfester; Lager und Befall durch Krankheiten treten weniger leicht ein. Der Fruchtansatz ist reichlicher und die Ausbildung der Körner besser; die Ernte ist höher. Auch Hagel, besonders solcher, der in der Richtung der Reihen fällt, schädigt weniger. Diesbezügliche Versuche, die Bollmehl in den siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Bayern angestellt hat, ergaben sehr wesentliche Körnermehrträge bei Drill- gegenüber Breitsaat, Mehrerträge, die bei Getreide und Reys bis zu 4 Doppelpentnern und darüber pro Hektar ausmachten.

4. Ein Vorzug der Drillsaat ist auch der, daß man genötigt ist, das Feld sorgfältiger zur Saat herzurichten, da nur auf Unkraut- und wurzelreinem, fein gekümmeltem Boden die Maschine gut arbeiten kann.

5. Dazu kommt ein weiterer Vorzug, nämlich die Möglichkeit der Durchführung des Beschickens, also einer regelrechten Pflege und Bearbeitung der Pflanzenbestände während ihrer Wachstumszeit. Der durch das Hacken erzielte Mehrertrag beträgt nach Versuchen, die von der Saatgutanstalt in verschiedenen bäuerlichen Betrieben in letzter Zeit vorgenommen wurden, durchschnittlich 2 Htr. Körner auf den Morgen mit einem Geldwert von etwa 32 Mk. Eine erwachsene Person kann einen Morgen Getreide in zwei Tagen hacken, es wird daher bei den derzeitigen Getreidepreisen die Hectararbeit pro Kopf und Tag mit dem gewiß schönen Lohn von 16 Mk. bezahlt.

Um das Hacken des Getreides, das übrigens auch mit der Hackmaschine bzw. mit einer Sämaschine, bei der die Drillschare mit Hackscharen vertauscht sind, ohne Behinderung ausführen zu können, sollte die gewählte Drillweite mindestens 15 Zentimeter betragen; besser ist eine solche von 18 bis 20 Zentimeter. Im übrigen hängt die Entfernung der Drillreihen von der Beschaffenheit und dem Kultur- und Düngungszustand des Bodens, der Saatzeit und späteren Entwicklung der auszusäenden Pflanzen ab. Je günstiger die Verhältnisse liegen, also je besser der Boden, je früher die Saatzeit und je reichlicher die Pflanzenbestockung oder Blattentwicklung ist, um so größere Reihenentfernung ist zu wählen und umzusehen.

Ein Haupthindernisgrund für die Einführung der Sämaschine ist natürlich der Anschaffungspreis. Dies sollte aber weniger in die Waagschale fallen, da ja mehrere Landwirte zusammen eine Maschine kaufen, bzw. die Gemeinde oder der Ortsverein den Ankauf bewerkstelligen können. Uebrigens kann sich eine Sämaschine allein durch die Saatgutersparnis in kurzer Zeit, bei entsprechendem Gebrauch schon in einem Jahr, bezahlt machen.

Es wird auch gesagt, das Feld sei zu sehr zerplittert, auf den kleinen und unregelmäßig geformten Grundstücken könne man nicht mit der Maschine säen. Auch der Grund ist nicht richtig, sofern für solche Fälle Maschinen mit kleinerer Arbeitsbreite von  $1\frac{1}{2}$ ,  $1\frac{1}{3}$  oder  $1\frac{1}{4}$  Meter in Anwendung gebracht werden. Uebrigens ist die Anwendung der Sämaschine auch auf kleinen Ackerstücken ohne weiteres möglich. Ferner wird vorgebracht, das Klima sei zu rau und der Boden zu grasswüchsig, so daß die dünne Maschinensaatsaat zu sehr unter Auswinterung leide, bzw. von Unkraut unterdrückt werde. Hierauf ist zu erwidern, daß man auch mit der Maschine, sofern es für notwendig gehalten wird, recht dick säen kann. Das ist ja gerade das Gute und Vollkommene an den Sämaschinen, daß sich Saatmenge, Saattiefe, Reihenweite usw. ganz nach Belieben regeln lassen. Und was sodann das Unkraut betrifft, so ist solches, wie schon gesagt, bei Reihensaatsaat viel leichter zu bekämpfen als bei Breitsaat.

Freilich, es wäre vermessen, zu sagen, die Maschinensaatsaat bedeute allein schon einen vollkommenen Ackerbau. Es kann einer seine sämtlichen Früchte in Reihensaatsaat be-

stellen, sein Ackerbau ist trotzdem nicht auf der Höhe, wenn nicht gleichzeitig eine gründliche, wohlüberlegte Bodenbearbeitung, nachgemäße Düngung, Verwendung einwandfreien Saatguts von bewährten Sorten, sorgfältige Pflanz-

zucht usw. damit verbindet. Aber das kann man sagen, daß schon in vielen landwirtschaftlichen Betrieben erst mit der Anschaffung einer Sämaschine ein lohnender Acker- und Pflanzenbau Einkehr gehalten hat. Glücklicherweise stehen uns Landwirten heute Sämaschinen zur Verfügung, die den Anforderungen in jeder Beziehung entsprechen.



## Neues vom Tage.

### Veröffentlichung von Akten.

Berlin, 24. Febr. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ teilt mit, die Reichsregierung werde sämtliche Akten über den Zusammenbruch Deutschlands veröffentlichen und sie werde daher zu dem Protekt schreiben Hindenburgs an Scheidemann (wegen dessen Aeußerung, Ludendorff sei ein Gladiateur) nicht weiter nehmen. (Die Meldung der Soz. Korz., Hindenburg habe gegen die neuesten Waffenstillstandsbedingungen bei der Reichsregierung Einspruch erhoben, ist übrigens nach der „Frl. Ztg.“ unzutreffend. D. Schr.)

### Protest.

Berlin, 24. Febr. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat bei der Nationalversammlung und sämtlichen Reichsministern gegen den Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 17. Januar Protest eingelegt.

### Die Berliner Gemeindevahlen.

Berlin, 24. Febr. Die Wahlbeteiligung an den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin war durchschnittlich um 25 Prozent geringer als bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Am meisten haben eingebüßt an Stimmzahl die Mehrheitssozialisten und die rechtsstehenden Parteien, während die Demokraten und die Unabhängigen am besten abgeschnitten haben. Die Mehrheitssozialisten erhielten in Berlin nach den vorläufigen Feststellungen 233 686, die Unabhängigen 181 201, die Demokraten 86 891, die Deutsch-Nationalen 67 109, die Christliche Volkspartei 29 721 und die Deutsche Volkspartei 29 804 Stimmen.

Die Wahlen sind ruhig verlaufen. Der große Moment, so schreibt der „Volksanzeiger“, der über das vorläufige Schicksal Berlins entschied, fand ein müdes Ge-schlecht.

### Der Versöhner Churchill.

Berlin, 24. Febr. Die Absicht Churchills, so heißt es in der „Deutschen Allgem. Zeitung“, Deutschland wieder zu versöhnen, ist gewiß sehr freundlich. Und daß er die Versöhnung im Interesse Großbritanniens und der Vereinigten Staaten für notwendig hält, spricht durchaus für seinen realpolitischen Sinn. Dies sollte Herrn Churchill aber auch zu der Erkenntnis führen, daß einer großen Nation gegenüber, die man auf Jahrzehnte ins in Juchthaufen legen will, die für später in Aussicht gestellte versöhnende Fürsorgeziehung leicht zu spät kommen könnte.

### Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 23. Febr. General Rudant teilte auf die deutsche Anfrage in Spa mit, daß der Abtransport der Deutschen aus Pader Pascha bereits im Gange sei und die ersten Schiffe Malta verlassen haben.

Berlin, 23. Febr. Die französischen Besatzungsbehörden haben im Bereich der Bergwerksdirektion Saarbrücken den bisherigen Preis für die Tonne Kohlen um 7 Mark herabgesetzt. Der Vertreter der deutschen Regierung in Spa hat die unverzügliche Aufhebung dieser Maßnahme verlangt, da bei einem solchen Preis die Kohlenbergwerke nur mit größeren Staatszuschüssen ihren Betrieb aufrechterhalten können. Ferner ließ die deutsche

Regierung die französische Äußerung, Anordnungen zu treffen, damit die Bezieher von Gas und Elektrizität in Lothringen, die ihre Zahlung an das deutsche Gas- und Elektrizitätswerk in Diedenhofen eingestellt haben, ihren Verpflichtungen nachkommen.

### Warnung der Deutsch. Landwirtschaftsgesellschaft

Berlin, 24. Febr. Die Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat in einem Telegramm an die Deutsche Nationalversammlung und an die Reichsregierung auf die Gefahr hingewiesen, die für die deutsche Volksernährung, insbesondere die Versorgung der Arbeiterbevölkerung, dadurch entsteht, daß die inländische Erzeugung von Stickstoff-Düngemitteln infolge ungenügender Arbeitsleistung zur Zeit fast ganz stockt. In dem Telegramm heißt es: Der Mangel an Stickstoff bedroht die landwirtschaftliche Erzeugung derart, daß ein Rückgang des Bodenertrages um 50 Prozent und damit eine Hungersnot im nächsten Jahre unabwendbar ist, falls nicht im Laufe der nächsten Wochen bis zur Frühjahrbestellung hinreichende Stickstoffmengen zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Landwirtschaft muß für diesen Fall jede Verantwortung für die drohende Katastrophe ablehnen.

### Neue Spielhöllen?

Berlin, 24. Febr. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge ist ein Gesetzentwurf fertig gestellt, der nicht nur die Konzessionierung der bestehenden Spielclubs, sondern auch die Errichtung öffentlicher Spielhäuser in Baden und Vorst, die dem Staat viele Millionen einbringen sollen.

### Die bayerischen Garnisonen gegen die Räteregierung.

Weimar, 24. Febr. Aus München wird gemeldet: Mit Ausnahme der Garnisonen München und Nürnberg haben sich die bayerischen Truppenteile in der Provinz gegen die Münchner Räteregierung erklärt und in Telegrammen an den Münchner Ausschuss die Wiedereinberufung des Landtags gefordert.

Der Generalkrieg sollte heute früh beendet sein. Die Arbeiter waren in die Fabrik gegangen, verließen jedoch um 9 Uhr vormittags die Fabriken, um sich zu bewaffnen. Alle organisierten Arbeiter mit Ausnahme der christlich-organisierten werden bewaffnet, und nur solche, die zurzeit noch in Arbeit stehen.

München, 24. Febr. Mit der vorläufigen Wah-nehmung der Geschäfte des Ministeriums für militärische Angelegenheiten ist vom Zentralrat der A-, B- und S.-Räte der bisherige Regierungsvorsteher im bayec. L. A. K. Scheid beauftragt worden. (Kosthauser ist demnach abgesetzt.)

Augsburg, 24. Febr. Ganz Augsburg steht unter der Gewalt des A- und S.-Rats. Die wichtigsten Gebäude, wie Bahnhof, Post und Rathaus, sind mit Truppen besetzt. Der gestrige Sonntag ist ziemlich ruhig verlaufen. Die Straßenbahnen dürfen nur bis 6 Uhr abends verkehren. Die bürgerlichen Zeitungen sind bis auf 4 Tage verboten. Nur die sozialdemokratische „Augsburger Volkszeitung“ erscheint ungehindert, daneben unter Aufsicht des A- und S.-Rats ein Nachrichtenblatt für Bezieher der bürgerlichen Zeitungen. Es wurde ein 13gliedriger Ausschuss aus beiden sozialistischen Parteien beauftragt, baldmöglichst Vorschläge wegen Ueberwindung der Behörden zu machen. Reaktions-wirkende Mitglieder der höheren Dienststellen sollen entlassen oder beurlaubt werden. Die Ruhestörungen sollen 4 Tote und 6-7 Schwerverletzte gekostet haben.

### Die Spartakisten.

Düsseldorf, 23. Febr. Der Generalkrieg ist auch für Düsseldorf aufgehoben. Die A- und S.-Räte sollen sich bereit erklärt haben, ihre Leute aus dem Fernsprechanstalt zurückzuziehen, wenn ihnen gestattet sei, den Fernsprechanstalt kontrollieren zu lassen. Die Beamtenschaft verbarriert dagegen an dem Standpunkt, daß fremde, nicht zur Amtsverschwiegenheit verpflichtete Personen zur Ueberwachung und Vermittlung von Gesprächen nicht gebildet werden können. Die Spartakisten haben die Zeitungen wieder freigegeben.

Düsseldorf, 24. Febr. Die Spartakisten haben in ganz Düsseldorf die Stadtverordnetenwahlen unmöglich gemacht. Bewaffnete Truppen erschienen gleichzeitig vor den Wahllokalen, bemächtigten sich der Wählerlisten und verbrannten sie. Ein Ingenieur wurde schwer verletzt.

Vottrop, 23. Febr. Die Stadt ist vollständig in der Hand der (freiwilligen) Regierungstruppen. Die auswärtigen Spartakisten waren größtenteils in der vergangenen Nacht abgezogen. Der Spartakistenführer Kul-dzennek, der seiner Verhaftung mit dem Revolver Widerstand entgegensetzte, wurde erschossen.

Mülheim a. Ruhr, 24. Febr. Die Soldatenwehr, die sich weigerte, gegen die Regierungstruppen zu kämpfen, setzte den bisherigen Soldatenrat ab und wählte einen neuen Soldatenrat. Dieser und die Wehr haben nach Mülheim und Weimar Abordnungen geschickt, um dort Verhandlungen zu pflegen. Sie sind entschlossen, Ruhe und Ordnung in Mülheim zu schaffen und die Entwaffnung der Spartakisten und Matrosen durchzuführen. Einzelne Mitglieder des früheren A- und S.-Rats sind geflüchtet.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag drangen Zivilisten und Soldaten, die als „Sicherheitswehr“ fungierten, in die Reichsbank ein, überwältigten den Direktor und drei Herren, die sich in der Bank befanden, drohten mit Erschießen und erzwangen die Herausgabe der Kassenschlüssel, wobei sie 170 000 Mk. raubten. Bisher ist es gelungen, 5 der Beteiligten hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Die Arbeit wurde morgens in allen hiesigen Betrieben fast restlos wieder aufgenommen.

Sterkrade, 24. Febr. Die Regierungstruppen über-campelten die Spartakisten, von denen einer erschossen, einer verwundet wurde. Der Spartakistenführer Thiele wurde von der empörten Volksmenge übel zugerichtet. Zahlreiche Waffen und Munition wurden erbeutet.

### Der Ausstand.

Halle a. S., 24. Febr. Die Arbeiter des Brau-loschensreviers Halle beschloßen mit Mehrheit den allge-meinen Ausstand.

Weimar, 24. Febr. Reichswirtschaftsminister Wis-sel führte am Sonntag Verhandlungen in Gotha wegen Beendigung des Generalkriegs und des Ausstands der Beamten. Wisel wirt darauf hin, daß die Brigade Werker nach Ablieferung der Waffen aus Gotha zurück-gezogen wird. Die Volksbeauftragten in Gotha sind ge-neigt, den Streik bald zu beenden; sie wurden noch-mals zur Abgabe der Waffen aufgefordert.

### Vorfrieden anfangs Mai?

Paris, 24. Febr. Michon erklärte auswärtigen Ministern, die russische Frage sei wegen des Attentats auf Clemenceau verschoben worden. Die Entschädigun-gen seien von Deutschland in Gegenständen und in bar zu verlangen. Die Verteilung unter den Alliierten werde sich dann glatt abwickeln. Einige österreichische Staaten, so die Tschechen, übernehmen einen Teil der österröich-schen Staatsschuld vor dem Krieg, andere lehnen jede Uebernahme ab. Wilson habe bei seiner Abreise die Ansicht ausgesprochen, es sei möglich, einen Vorfrieden in der ersten Hälfte des Mai und vielleicht schon früher zu unterzeichnen. Die neuen Waffenstillstandsbedingungen enthalten wahrscheinlich die endgültigen militärischen Be-dingungen.

### Spernung deutscher Schiffe.

Paris, 24. Febr. (Havas.) Das französische Torpedoboot „Oriflamme“ brachte am 19. Februar in Baltischen Meer zwei deutsche, ohne Ermächtigung fah-rende Dampfer auf, mit denen es in den Kieler Kanal ein-fuhr. Die Deutschen schlossen darauf die Brunshüt-teler Schleuse unter dem Vorwand, daß es sich um eine ungelegliche Ausbringung handle. Der Kom-mandant des Torpedoboots beharrte auf seinem Recht. Er verließ den Kanal und fuhr mit den beiden Schiffen nach Lübeck.

Dem Marineminister wurde berichtet, daß die Frage der in Spanien liegenden österreichischen Schiffe erledigt sei. Frankreich verfüge über 12 Schiffe.

Paris, 24. Febr. Es wird zugegeben, daß der Zustand Clemenceaus ernster wird. Die Temperatur steigt.

Paris, 24. Febr. (Havas.) Am gestrigen Tag war das Befinden Clemenceaus gut. Temperatur 37,2.

### Unruhe in Italien?

Taiabad, 24. Febr. Den Blättern zufolge haben die italienischen Behörden in den besetzten südlavischen Gebieten am Samstag nachmittag die ganze Demarka-tionslinie von Bern bis Keta streng abgesperrt. Die Blätter führen die Absperrung auf schwere innere Un-ruhen in Italien zurück. In Mailand wird für die Aus-übung einer lombardischen Republik Stimmung gemacht.

### Arbeiter denkst du daran?

D.P.C. Der Landesdienst der deutschen Republik hat durch die militärische Stelle des Auswärtigen Amt eine Reihe von Flugblättern und Plakaten an Arbeiterräte, Arbeitersekretariate usw. in Württemberg versandt, worunter auch ein Flugblatt beginnend mit den Worten: „Ar-beiter denkst du daran“ sich befindet, welches seitens der unabhängigen Sozialdemokratie scharfe Kritik erfahren hat. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung, Presseabteilung, Berlin, dessen Beauftragter und das württ. Arbeitsministerium haben, wie wir bestimmt er-fahren, mit diesen Flugblättern und Plakaten nichts zu tun. Abgesehen davon, daß vorgenanntes Flugblatt: „Ar-beiter denkst du daran“ in weiten Arbeiterkreisen ver-urteilt worden ist und das Gegenteil dessen, was erzielt werden sollte, erreicht wurde, trägt auch diese parasse zur Aufklärungsarbeit des Arbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsamt laufende Propagandatätigkeit jener amtlichen Stelle keineswegs dazu bei, die Aufklärung in den breiten Massen des Volkes zu vertiefen, sondern bringt nur Unruhe in die Gemüter und stört die Tätig-keit der mit der wirtschaftspolitischen Aufklärung beauf-tragten Reichs- und Landeszentralbehörden.

### Große Schwankung der Lohnsätze im Baugewerbe.

D.P.C. Der Zentralverband Christlicher Bauarbeiter Deutschlands und der deutsche Bauarbeiterverband Ham-burg haben in letzter Zeit Lohnstatistiken veröffentlicht, die ein typisches Beispiel darstellen für die großen Schwankun-gen in den Lohnbedingungen zwischen Berlin und den übrigen Großstädten Deutschlands, sowie ländlicher Ge-biete. So beträgt nach der Aufstellung des erstgenannten Verbandes der Stundenlohn für Maurer und Zimmer-leute in Berlin Mk. 2.15, Hamburg 1.79, Danzig 1.70, Bochum, Breslau, Hamm 1.60, Nürnberg 1.56, Senften-berg 1.32, Waldkirch-Schwarzwald 0.94; und für Bau-arbeiter in Berlin Mk. 1.95, Hamburg 1.79, Bochum und Hamm 1.50, Breslau und Köln 1.47, Nürnberg 1.43, Danzig 1.37, Senftenberg 1.23, Waldkirch-Schwarzwald 0.88. Der deutsche Bauarbeiterverband gibt in seiner Zusammenstellung ähnliche Ziffern bekannt. Darnach be-wegen sich die Stundenlöhne der Maurer zwischen Mk. 1.02 Waldenburg-Schlesien und Mk. 1.98 Berlin, für Hilfsarbeiter schwanken die Sätze zwischen Mk. 0.92 und Mk. 1.73, wobei die Umrechnung auf die 8-stündige Ar-beitszeit nicht berücksichtigt ist. Rechnet man den dadurch herauskommenden Zuschlag hinzu, so stellt sich der Stun-denlohn der Maurer auf Mk. 2.21 in Berlin und Mk. 1.26 in Waldenburg-Schlesien und der Stundenlohn der Hilfs-arbeiter auf Mk. 1.93 bzw. 1.13.

D.P.C. Aus dem Verfassungsausschuss. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte in der Sitzung vom 21. Februar ein Mitglied der Deutschen demokrati-schen Partei:



